

Niederschrift

über die XVI/15. Sitzung vom **Ausschuss für Soziales, Generationen, Inklusion und Kultur** am **06.06.2024** im Bürgerhaus, Hauptstraße 30 (öffentliche Sitzung)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:47 Uhr

Anwesend waren:

Mitglieder CDU

Joachim Butenschön	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 19:20 Uhr
Hartmut Kohkemper	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 19:47 Uhr
Nicole Werdel	Ratsmitglied	17:15 Uhr bis 19:25 Uhr
Hans-Gerd Wunderlich	sachkundiger Bürger	17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

Mitglieder Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Katharina Calinski	sachkundige Bürgerin	17:00 Uhr bis 19:47 Uhr
Jürgen Reddemann	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 19:47 Uhr
Monika Reddemann	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

Mitglieder SPD

David Maisey	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 19:47 Uhr
Sümeyya Öztürk	sachkundige Bürgerin	17:00 Uhr bis 19:47 Uhr
Georg Schneider	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 19:47 Uhr
Simon Weigelt	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

Mitglieder FDP

Yannick Berteit sachkundiger Bürger 17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

Von der Verwaltung

Mario Bredow Beigeordneter 17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

Jörg Schiefer Verwaltungsangestellter 17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

Katharina Söntgerath Beschäftigte/r 17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

Es fehlten entschuldigt

Oliver Hahn Ratsmitglied

Malte Lüling

Jana-Kristin Papandreou

Martin Renzler Ratsmitglied

Katharina Röhse-von Cube Ratsmitglied

Leon Schloten sachkundiger Bürger

Timo Stein Ratsmitglied

Herbert Zielonka

gewählter Vertreter Senioren

Karl Heinz Tillmann 17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

gewählter Vertreter Behinderte

Ilona Schuchardt 17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

Diana Egenti 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Lucrecia Lopez 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Kristin Schumann 18:00 Uhr bis 19:00 Uhr

A 1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Maisey begrüßt die Anwesenden Ausschussmitglieder und Vertreter der Verwaltung, sowie der Presse.

Als Gäste für den Ausschuss begrüßt er Frau Egenti und Frau Lopez als Mitarbeitende des Jugendmigrationsdienstes und verwies darauf, dass für die Vorstellung der App KATRETTTER Frau Schuhmann, Mitarbeiterin des Rheinisch-Bergischen Kreises, zu einem späteren Zeitpunkt dazu stoßen wird.

Der TOP A 9 Antrag Bündnis 90/Die Grünen – Symbolisierte Orientierungshilfen für nicht (deutsch) alphabetisierte Menschen wurde seitens des Antragstellers von der Tagesordnung genommen.

Beigeordneter Bredow erläutert, dass zum TOP A 11 Zuschuss Seniorenarbeit im Rahmen der Haushaltsmittel 2024 aufgrund der aktuellen Haushaltslage kein Beschluss gefasst werden kann, sodass dieser TOP ebenfalls von der Tagesordnung genommen wird.

A 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift der Sitzung vom 07.03.2024 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

A 3. Bericht über die Umsetzung gefasster Beschlüsse

Beigeordneter Bredow erklärt, dass dies ein neuer Standardtagesordnungspunkt ist, der für jede Sitzung vorgesehen wird.

Für die aktuelle Sitzung steht jedoch kein Bericht an.

**A 4. Mitteilungen der Verwaltung
hier: Bordsteinabsenkung Olper Straße/Zum Sülzufer**

XVI/1272

Frau Schuchard, Vertreterin der Behinderten, bedankt sich für die Unterstützung in dieser Angelegenheit und betonte die Erforderlichkeit der Maßnahme.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**A 5. Hitzeschutz und Trinkwasserbrunnen
XVI/1232 - 1**

Beigeordneter Bredow verweist auf die Beratungen und Ausführungen im Arbeitskreis Senioren und Behinderte.

Ausschussvorsitzender Maisey hingegen bezieht sich auf eine Pressemitteilung der Stadt Rösrath, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist und legt dar, dass eine kostengünstigere Umsetzung möglich sein müsste.

Mit Blick auf den dringend erforderlichen Hitzeschutz, erklärt Ausschussmitglied Reddemann ihre Verärgerung den Trinkwasserbrunnen nicht zu installieren und betont, dass dies im Ortskern priorisiert werden müsse. Die weiteren Stadtteile sollen ebenfalls bedacht werden.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Weigelt erklärt Beigeordneter Bredow, dass die vorgegebenen Standards für einen Trinkwasserbrunnen eingehalten werden müssen, sodass ein Anschluss an die nahegelegene Wasserleitung nicht ausreicht.

Ausschussmitglied Butenschön schlägt vor, dass ein Sponsoring für die Installation erfragt werden soll, sodass die Stadt lediglich für die Unterhaltung aufkommen muss.

Diesem Vorschlag schließen sich weitere Ausschussmitglieder an und schlagen vor, dass ein

Aufruf über das Mitteilungsblatt erfolgen soll.

Beigeordneter Bredow sagt zu, dass zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Generationen, Inklusion und Kultur ein Bericht über den aktuellen Sachstand erfolgt um auch die Stabstelle Wirtschafts- und Tourismusförderung beteiligen zu können.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

A 6. Mitteilung zur ambulanten ärztlichen Versorgung im Bergischen Rheinland XVI/1279

Verwaltungsmitarbeiterin Söntgerath sagt zu, dass der ausführliche Bericht als Anlage zur Niederschrift beigefügt wird.

Amtsleiter Schiefer legt dar, dass die Kirchdörfer in Overath vergleichsweise gut aufgestellt sind.

Im Anschluss kristallisiert sich heraus, dass es in der Vergangenheit zu einer Änderung im Verständnis des Berufsbildes eines Arztes gekommen ist, die u.a. dazu geführt hat, dass mehr Praxisgemeinschaften gebildet werden anstelle separater Hausarztpraxen, wozu auch ein nicht unerheblicher bürokratischer Aufwand geführt hat.

Auf diese Faktoren kann seitens der örtlichen Politik jedoch kein erfolgsversprechender Einfluss genommen werden.

Der Sozialausschuss nimmt die Angaben der Verwaltung zum aktuellen Sachstand der ambulanten ärztlichen Versorgung im Bergischen Rheinland zur Kenntnis.

A 7. Vorstellung des Jugendmigrationsdienstes Rhein-Berg XVI/1278

Diana Egenti und Lucrezia Lopez berichten über ihre im November 2023 aufgenommene Tätigkeit in Overath und stellen ihre Aufgaben kreisweite Tätigkeit anhand einer Präsentation dar, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Im Anschluss bedankt sich Ausschussvorsitzender Maisey für die Darstellung, dem sich die Ausschussmitglieder anschließen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Kohkemper nach einem digitalen Beratungsangebot erklärt Frau Lopez, dass dieses zurzeit in Erstellung ist und bedankte sich für den Hinweis mit der OJO in Kontakt zu treten um Freizeitangebote vermitteln zu können.

Im weiteren Verlauf berichtet Frau Lopez, dass die Unternehmen in puncto Integration noch Verbesserungspotenzial aufweisen, vor allem um Themen wie Mobbing und Diskriminierung besser vorbeugen zu können.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

A 8. Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Bürgerflohmarkt XVI/1266

Ausschussmitglied Calinski erklärt, dass der Antrag gestellt wurde, um das soziale Zusammensein zu fördern.

Im Anschluss diskutiert der Ausschuss angeregt über die Herangehensweise und spricht sich dafür aus, dass diese Aufgabe nicht durch die Verwaltung wahrgenommen, sondern durch Privatpersonen und Vereine im Zusammenschluss umgesetzt werden soll.

Ausschussmitglied Reddemann schlägt vor den Antrag in der nächsten Ausschusssitzung erneut zu thematisieren um dem Antragsteller Gelegenheit bieten zu können, diesen näher zu erläutern.

Der Ausschuss verweist den Antrag in die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Generationen, Inklusion und Kultur.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

**A 9. Bericht Flüchtlingssituation - Stand 05/2024
XVI/1264**

Beigeordneter Bredow verweist auf weitere Ausführungen im nichtöffentlichen Teil und erklärt, dass der Bericht über die Flüchtlingssituation zu jeder zweiten Ausschusssitzung erfolgen wird.

Er berichtet, dass die derzeit verfügbaren Kapazitäten annähernd ausgeschöpft sind, sodass die bis zur Inbetriebnahme der Container an der Franz-Becher-Straße und des Sporthotels in Untereschbach von den bis dato aufrechterhaltenen Standards der vorhandenen Übergangswohnheime, zumindest vorübergehend abgewichen werden muss um der Aufnahmeverpflichtung weiterhin nachkommen zu können.

In seinen Ausführungen verweist Beigeordneter Bredow darauf, dass in der Vergangenheit die Unterstützung durch ehrenamtlich Tätige stark zurück gegangen ist.

Im Zuge dessen sprach er seinen Dank für die jahrzehntelange Tätigkeit von Frau Boden aus, die schon während der letzten Flüchtlingskrise und in der Zeit danach ehrenamtlich die Integration vieler geflüchteter Menschen positiv beeinflusst hat.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**A 10. Ersthelfer-Alarmierungssystem KATRETTTER
XVI/1132**

Frau Schuhmann, Mitarbeiterin des Rheinisch-Bergischen-Kreises, stellt die KATRETTTER App vor und beantwortet im Anschluss Rückfragen der Ausschussmitglieder.

Beigeordneter Bredow versichert, dass er die Anregungen des Ausschusses Ersthelferkurse an Schulen zu etablieren, eine Schulung für Ratsmitglieder anzubieten und einen Aufruf für die Registrierung in der KATRETTTER App über die Pressestelle zu veröffentlichen, entsprechend aufnimmt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**A 11. Entwicklung Bibliothek Steinhofplatz
XVI/1286**

Beigeordneter Bredow erläutert die Vorlage und gibt einen kurzen Ausblick auf die Perspektiven und berichtet, dass die finanziellen Auswirkungen im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes gedeckt sind.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung für den Standort der Stadt- und Schulbibliothek am Steinhofplatz ein Konzept als Begegnungsort zu entwickeln und einen Förderantrag für die baulichen Maßnahmen und notwendigen Ausstattungen im Rahmen der Städtebauförderung InHK Overath zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

A 12. Anfragen, Mitteilungen Vertreter SuB

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

A 13. Mitteilungen, Anfragen

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Schneider erläutert Beigeordneter Bredow, dass entgegen der ursprünglichen Planung aufgrund der aktuellen Haushaltslage keine Einbürgerungsfeier umgesetzt werden kann. Er sagt eine erneute Prüfung zu sobald dies wieder umsetzbar ist.

Beigeordneter Bredow weist auf den Tag der Archäologie am 23.06.2024 hin.

Ausschussmitglied Schneider fragt an, wie mit dem Presseartikel bzgl. der Behindertenparkplätze umgegangen wird, da das aufgeführte Zitat so nicht tragbar ist.

Beigeordneter Bredow erläutert das Verfahren. In diesem ist das Amt für öffentliche Sicherheit und Soziales in der Entscheidung an die Beurteilung des Gesundheitsamtes gebunden, welches über den Grad der Behinderung und die damit ausgewiesenen Merkmale gebunden ist.

Eine solche Berichterstattung ist unerfreulich, zumal verwaltungsseitig nach Recht und Gesetz gehandelt wurde und eine andere Entscheidung ermessensfehlerhaft wäre und daher nicht möglich ist.

Ausschussvorsitzender Maisey weist darauf hin, dass für solche Fälle mit den Generationenparkplätzen bereits Rechnung getragen wurde um diese Problematik umgehen zu können.

:

(David Maisey)
Vorsitzende/r

(Katharina Söntgerath)
Schriftführer/in